



Stadtparlament

9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch



Beschluss-Protokoll

Amts-dauer 2009 - 2012

22. Sitzung

Dienstag, 6. Dezember 2011, 18.00 bis 20.15 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Harder Stefan
Anwesend	29 Mitglieder
Entschuldigt	Kathrin Rutz (FLiG)
Anwesend Stadtrat	5 Mitglieder
Entschuldigt	---

Traktanden

- 22.01 Teilzonenplan Herisauer-/Bedastrasse; Erlass
- 22.02 Polizeireglement, 1. Nachtrag; Erlass
- 22.03 Voranschläge und Steuerfuss 2012

22.01**Teilzonenplan Herisauer-/Bedastrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 9. November 2011 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Herisauer-/Bedastrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benützt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benützt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Teilzonenplan wird einstimmig erlassen.

22.02**Polizeireglement, 1. Nachtrag; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 26. Oktober 2011 mit folgendem Antrag:

Der 1. Nachtrag zum Polizeireglement wird erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benützt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benützt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem 1. Nachtrag wird einstimmig zugestimmt.

22.03**Voranschläge und Steuerfuss 2012**

Grundlage ist der „Integrierte Aufgaben- und Finanzplan 2012 – 2016“ vom 28. September 2011. Der Stadtrat stellt im Bericht vom 28. September 2011 folgende Anträge:

1. *Es werden folgende Voranschläge 2012 genehmigt:*
Stadthaushalt (Aufwandüberschuss CHF 2'615'000)
Altersheim Espel (ausgeglichener Voranschlag)
Stadtwerke (Ertragsüberschuss CHF 2'518'000)

2. Die Steuersätze für das Jahr 2012 werden wie folgt festgelegt:
Gemeindesteuer 116 % (wie bisher)
Grundsteuer 0,6 ‰ (wie bisher)

A. Eintretensdiskussion

Franziska Geser-Burch, Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, verliest deren Bericht.

„Bereits zum zweiten Mal liegt dem Parlament der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) vor. Mit grossem Engagement wurde dieser erstellt. Die GPK möchte sich bei allen involvierten Personen für die Budgetarbeit sowie die prompte Auskunftserteilung bedanken. Einen speziellen Dank geht an den Stadtrat und an den Leiter Finanzamt mit seinem Leiter, Herr Heinz Loretini.

Ziel des IAFP ist es, vom reinen Zahlenmaterial weg zu kommen und vermehrt über Leistungen zu diskutieren und Fragen zu stellen wie: Wie viel ist mir diese Leistung wert? Wie sich der Mittelbedarf zusammensetzt, ist anhand einer sogenannten Konkordanztafel (Kostenverteiler auf die Aufgaben) ersichtlich, welche den Parlamentariern zur Verfügung steht. Aus unserer Sicht ist es gegenwärtig noch etwas schwierig über die Kosten einer Leistung zu diskutieren, da uns die Erfahrungszahlungen aus den Vorjahren fehlen. Dies soll sich jedoch ändern, wird doch die Rechnung 2011 im gleichen Aufbau erstellt werden.

Der Stadtrat Gossau beantragt für das Jahr 2012 ein Budget mit einem Haushaltsdefizit von CHF 2.6 Mio. Zum Vergleich, im Voranschlag 2011 wurde mit einem Defizit von 2.2 Mio. Franken gerechnet. Die Stadt Gossau erwartet im Jahre 2011 dennoch eine ausgeglichene Rechnung.

Die Geschäftsprüfungskommission hat den IAFP inkl. Voranschlag 2012 eingehend und kritisch studiert. Fragen der GPK wurden durch den Stadtrat beantwortet und konnten Plausibel dargelegt werden. Bei der Prüfung haben wir uns an die wesentlichen Grundsätze der Verordnung über den Finanzhaushalt gehalten.

Die GPK hat den Voranschlag insbesondere auf die Wesentlichkeit, Verständlichkeit und Zuverlässigkeit geprüft und möchte gerne auf verschiedene punktuelle Bemerkungen hinweisen.

Finanzentwicklung

Das Budget 2012 präsentiert sich mit einem Gesamtaufwand von CHF 91,7 Mio. (Vorjahr rund CHF 87 Mio.) und Erträgen von gesamthaft CHF 89,1 Mio. (Vorjahr rund CHF 85,6 Mio.), was einem Haushaltsdefizit wie eingangs erwähnt von CHF 2,6 Mio. gleichkommt. Ein Steuerprozent entspricht CHF 342'000.

Gemäss funktionaler Gliederung beansprucht das Ressort Bildung mit rund CHF 34 Mio. oder beinahe zwei Dritteln den grössten Anteil.

Die Sparmassnahmen bei Bund und Kanton belasten die Gemeinden. Nach dem Sprichwort die „Letzten beißen die Hunde“, wird die Stadt Gossau mit rund 3,5 Steuerprozenten belastet und zwar mit CHF 600'000 Gemeindeanteil regionaler Personenverkehr, CHF 200'000 Kostenteiler Kinder- und Jugendheime und CHF 300'000 Gemeindebetrag Sonderschulen.

Der Sachaufwand steigt gegenüber dem Vorjahr 2011 um CHF 819'000 an. Verantwortlich dafür ist u.a. der bauliche Unterhalt von städtischen Liegenschaften. Bei vereinzelt Liegenschaften besteht ein Nachholbedarf.

Die Laufende Rechnung zeigt bis ins Jahr 2016 weiterhin einen jährlichen Aufwandüberschuss.

Finanzplan, Kennzahlen und Tendenzen

Ab Seite 143 ff. im IAFP finden wir die Artengliederung. Hier sind sicherlich die Passivzinsen weiterhin im Auge zu behalten. Der Zinsaufwand vor allem für mittel- und langfristige Schulden beträgt, bei derzeitigem tiefen Zinsniveau, voraussichtlich im Jahre 2012 CHF 1.7 Mio., was rund 4,9 Steuerprozenten entspricht. Der Cashflow für die geplanten Investitionen ist weiterhin ungenügend. Im Jahre 2012 sind daher weitere Fremdmittelaufnahmen notwendig. Im Planjahr 2016 wird gar mit sieben Steuerprozenten zur Begleichung der Fremdkapitalzinsen gerechnet.

Erschreckend ist weiterhin der Selbstfinanzierungsgrad der Stadt Gossau. Dieser zeigt eine weitere Zunahme der Verschuldung (vergleiche auch die stets wachsende Nettoschuld pro Einwohner). Im Budget 2012 dürfte die Verschuldung auf unter 100 Prozent fallen und im Planjahr 2013 dürfte der kritische Selbstfinanzierungsgrad von noch unter 70 Prozent erreicht werden. Dies bedeutet, dass die Stadt Gossau die Investitionen nicht mehr aus eigener Hand finanzieren kann. Die Steuererträge sind im Verhältnis zu den geplanten Investitionen zu tief.

Auf der Ertragsseite sind die Steuererträge die grössten Einnahmequellen. Im Vergleich zum Jahr 2010 liegen diese um rund drei Mio. CHF höher, entsprechen mit CHF 45,1 Mio. jedoch in etwa dem gleichen Steuerertrag wie in der Rechnung 2009. Die Steuereinnahmen lassen sich schwer abschätzen. Die Stadt Gossau stützt sich dabei auf die im Sommer vorhandenen Zahlen des Kantons.

Ein allfälliger Aufwandüberschuss kann mit dem vorhandenen Eigenkapital von CHF 12,3 Mio. gedeckt werden.

Investitionsrechnung

Im städtischen Haushalt sind rund CHF 15,5 Mio. Investitionen vorgesehen. Grössere Ausgaben sind unter Schlusszahlung Feuerwehrdepot, Erneuerung Schulanlagen sowie Aufwertung Stadtkern zu finden. Im Voranschlag 2012 sind keine Auslagen für Wohnen im Alter und Erschliessung Sommerau vorgesehen. Ab einer Investitionsgrenze von CHF 400'000 folgt jeweils eine separate Parlamentsvorlage. Im Jahre 2012 sind weiter keine Zusatzabschreibungen und Desinvestitionen budgetiert.

Stadtwerke

In der Investitionsrechnung 2012 sind Nettoinvestitionen von rund CHF 8,3 Mio. (Vorjahr CHF 7,2 Mio.) vorgesehen. Die Realisierung der Projekte ist stark von Dritten abhängig und kann durch die Stadtwerke nicht alleine bestimmt werden. Projekte, welche den Finanzbedarf von CHF 20'000 übersteigen werden in die Investitionsrechnung aufgenommen.

In der Laufenden Rechnungen 2012 werden frankenmässig höhere Erträge im Elektrizitäts- und Erdgasbereich erwartet. Dies aus diesem Grunde, weil mit höheren Einkaufskosten gerechnet wird.

Die Stadtwerke erwarten 2012 einen Ertragsüberschuss von CHF 2,51 Mio. (Vorjahr CHF 3,35 Mio.). Aufgrund des Stromversorgungsgesetzes verzichtet der Stadtrat auf die Budgetierung eines Ablieferungsbeitrages der Stadtwerke an den städtischen Haushalt. Im städtischen Haushalt ist eine Gewinnablieferung analog den Vorjahren von CHF 2,5 Mio. vorgesehen. Über eine Gewinnverwendung hat das Parlament im Frühjahr 2013 zu bestimmen. Eine Gewinnverbuchung der Rechnung 2012 erfolgt in der Rechnung 2013.

Altersheim Espel

Im Projekt „Seniorenwohnen Region Gossau“ klärt der Stadtrat die Zukunft des Altersheimes Espel. Aus diesem Hintergrund sind in der Investitionsrechnung Ausgaben in der Höhe von CHF 85'000 vorgesehen. Dies beinhaltet die Anschaffung von Pflegerollstühlen und eine Sanierungsmassnahme im Speisesaal. Ansonsten erwartet der Stadtrat auch im Jahre 2012 ein ausgeglichenes Budget ohne Reservebezug.

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan

Das vorliegende Budget wurde im Sommer erstellt. Daher sind bereits kleine Abweichungen bekannt. So z.B. die jährlichen Unterhaltsbeiträge für das Schloss Oberberg welche ab 2012 anfallen. Im vorliegenden IAFP wurden diese ab dem Jahre 2014 eingestellt.

Stellenplan

Auf Seite 11 im IAFP finden wir den Stellenplan 2012. Wenn man die Planstellen 2012 zu den Planstellen 2011 vergleicht, ist ersichtlich, dass sich das Total um elf erhöht. Hier gilt es festzustellen, dass es sich nicht um eine Erhöhung um elf Stellen handelt. Beim Interpretieren dieses Stellenplanes gilt es zu beachten, dass z.B. Vakanzbesetzungen infolge Mutterschaft oder Langzeiterkrankungen doppelt erfasst werden. Effektiv höhere Stellendotationen sind in verschiedenen Ressorts vorgesehen. Eine detaillierte Liste liegt der GPK vor.

Die Erhöhungen werden mit neuen Aufgaben und grösserer Arbeitsbelastung begründet. Zum Teil wurde die Stellen in früheren Jahren infolge Abgang nicht wieder besetzt. Die Stellenbesetzungen sind zum Teil bereits erfolgt.

Es gilt zu beachten, dass das Parlament nicht über den Stellenplan als solches bestimmen kann. Dem Parlament obliegt lediglich über die Lohnsumme zu entscheiden.

Das Parlament hat die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung des Stadthaushaltes sowie der Stadtwerke für das Jahr 2012, die Laufende Rechnung 2012 des Altersheim Espel sowie den Steuerplan 2012 zu genehmigen. Über Leistungs- und Wirkungsziele haben wir die Möglichkeit zu diskutieren. Über Ziele können wir jedoch nicht abstimmen. Es besteht die Möglichkeit auf diese über die Finanzen Einfluss zu nehmen. Allfällige Änderungswünsche (Erhöhungen und Einsparungen) können und sollen somit in den einzelnen Konten erfolgen. Damit wir über diese überhaupt diskutieren und abstimmen können, ist notwendig, dass wir auf die Vorlage eintreten.

Anträge der Geschäftsprüfungskommission

Aufgrund der gemachten Ausführungen, insbesondere der Kennzahlen und Tendenzen, unserer Prüfung und Gesamtbetrachtung unterbreiten wir Ihnen, geschätzte Damen und Herren, als Geschäftsprüfungskommission grossmehrheitlich folgende Anträge:

1. Eintreten

Die GPK beantragt auf die Voranschläge 2012 einzutreten.

2. Beschlussfassung

Die Voranschläge für das Jahr 2012 der Stadtwerke mit einem Ertragsüberschuss von CHF 2'518'000, des Altersheimes Espel mit einem ausgeglichenen Budget und des Städtischen Haushaltes mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2'615'00 werden genehmigt.

Die Steuersätze für das Jahr 2012 werden wie folgt festgelegt:

Gemeindesteuer 116 % (wie bisher)

Grundsteuer 0,6 ‰ (wie bisher)“

Fredi Mosberger (CVP) hat die laufende Rechnung intensiv geprüft und attestiert dem Stadtrat ein hohes Kostenbewusstsein. Zu Diskussionen tragen der Lohnaufwand und der Stellenplan bei. Die Steigerungen lassen sich indessen nachvollziehen, die Notwendigkeit der Stellenaufstockungen ist gegeben. Die Fraktion wünscht aber nun die Bestätigung, dass die Mannschaft komplett ist.

Erwin Sutter (FLiG) schätzt die geleistete Arbeit für den IAFP. Der Steuerfuss von 116 % ist sehr attraktiv, mit Blick auf die Finanzentwicklung muss er im Auge behalten werden. Grosse Investitionen stehen an und sind teilweise im Investitionsplan noch nicht berücksichtigt. Entwicklung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Beim Stellenplan ist ein Anstieg festzustellen, was mit verschiedenen Faktoren begründet ist. Die Fraktion lädt ein, das Streichen von Ausgabenposten sowie die Folgen gut zu überlegen. Auf den IAFP ist einzutreten.

Karl Bürki (SP) bedankt sich für den IAFP, woraus sich viele Informationen herauslesen lassen. Auch die steigenden Personalkosten sind realistisch, es werden zusätzliche Ressourcen benötigt. In der Schule wurden 15 Vollzeitstellen ohne grosses Aufsehen gestrichen. Auch in der Verwaltung soll bei Überkapazitäten abgebaut werden, wenn dies möglich ist. Reserven für bevorstehende Aufgaben sind nötig. Das Budget 2012 ist realistisch, es ist darauf einzutreten.

Gallus Hälg (SVP) weist auf die Finanz- und Schuldenkrise hin, es werden düstere Zeiten vorhergesagt. Der Stadtrat hat daraus keine Schlüsse gezogen. Die Ausgaben werden gegenüber dem Vorjahr um 4 Mio. oder 6 % erhöht. Es liegt nun am Parlament, die Auffassung des Stadtrates zu genehmigen, oder die Zeichen anders zu deuten. Die SVP beantragt zu Sparen. Das Budget soll dem Stadtrat zurückgewiesen werden mit dem Auftrag, ein ausgeglichenes Budget 2012 vorzulegen. Damit sind die Ausgaben um 2.6 Mio. zu reduzieren. Der Stadtrat soll aufzeigen, wo er Änderungen in den Leistungszielen sieht. Nur so funktioniert die Steuerung des Stadtrates durch das Parlament. Die SVP stört sich an den massiv ansteigenden Personalaufwendungen. Es werden 6 neue Stellen vorgesehen, diese verursachen nebst Lohn- auch Arbeitsplatzkosten. Einige der Stellen sind bereits ausgeschrieben oder besetzt. Die GPK soll dieses Fehlverhalten prüfen und rügen. Das Parlament ist in der Pflicht und dafür verantwortlich, das Budget kritisch zu hinterfragen. Er stellt folgende Anträge:

1. *Es ist ein ausgeglichenes Budget 2012 vorzulegen und dies*
2. *bei gleichbleibenden Einnahmen.*

Hanspeter Fröhlich (FDP) ist nicht für Durchwinken des Budgets, unterstützt aber auch die Haltung der SVP nicht. Die Fraktion hat den IAFP eingehend geprüft. Noch ungenügend scheinen die Kommentare zur Rechnung, insbesondere zum Personalaufwand. Erst auf Nachfrage ist eine klärende Übersicht erstellt worden. Die Fraktion kann die Erhöhung des Personalaufwandes nachvollziehen, obwohl sie damit Mühe hat. Der Verwaltungsnettoaufwand in Gossau ist aber immer noch tief. Mühsam ist der Umstand, dass die Rechnungsdarstellung Stadthaushalt und Stadtwerke nicht identisch sind. Aus der Mehrjahresplanung lässt sich nicht herauslesen, welche Projekte gestrichen wurden. Die Fraktion ist für Eintreten.

Claudia Martin (SVP) weist darauf hin, dass der Stadtrat mit der letzten Steuerfuss-Senkung zu Einsparungen gezwungen wurde. Ein tiefer Steuerfuss steigert die Standortattraktivität. Das vor 3 Jahren vom Stadtrat angekündigte Entlastungsprogramm ist aus dem IAFP nicht ersichtlich, auch sind keine Desinvestitionen zu finden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler stellt fest, dass der Stellenplan das grosse Thema geworden ist. Für künftige Berichterstattungen ist der Weg zu finden. Ob der Stellenplan unverändert bleiben wird, hängt von der Aufgabenentwicklung ab. Wegfallen werden die Stellen des Amtes für Sicherheit sowie der Vormundschaftsbehörde mit der Neuregelung ab 2013. Die Überwälzungen des Kantons an die Gemeinden stiegen und steigen an, dennoch soll der Steuerfuss beibehalten werden. Wenn im Budget 2012 aufgrund des Rückweisungsantrages 2.615 Mio. eingespart werden sollen, wäre die Reduktion der Abschreibung um diesen Betrag ein Ansatzpunkt. In den vergangenen 10 Jahren wurden alle Investitionen dieser Periode abgeschrieben. Der budgetierte Bruttoaufwand 2012 ist um 2.4 Mio. tiefer als der effektive Aufwand 2010 (Seite 143 IAFP).

Hanspeter Fröhlich (FDP) wehrt sich gegen den Verzicht auf Abschreibungen. Die grössere Herausforderung ist die Finanzentwicklung in der Zukunft. Die Defizite und die Verschuldung sind zu verringern. Zu prüfen ist auch die schon früher angeregte Schaffung einer parlamentarischen Finanzkommission. Er stellt folgenden Antrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, Massnahmen zu prüfen und zu beschliessen, mit dem Ziel, Aufwände und Erträge des Stadthaushaltes in den kommenden Jahren im Gleichgewicht zu halten. Der Stadtrat erstattet dem Parlament bis Ende September 2012 Bericht.

(Das Parlament stimmt über diesen Antrag bei der Beratung „Finanzentwicklung 2012 – 2016“ ab)

Abstimmung über den Rückweisungsantrag Gallus Hälg (SVP)

Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt mit 8 Ja zu 20 Nein bei 1 Enthaltung.

B. Detailberatung

Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan 2012 – 2016 (IAFP) wird im Detail durchberaten. Die Diskussion folgt der Reihenfolge des IAFP.

Zu Einleitung / Planungsgrundlagen / Finanzpolitische Ziele

Keine Wortmeldungen

Zum Aufgabenbereich A1 Inneres Finanzen Kultur

Keine Wortmeldungen

Zum Aufgabenbereich A2 Bildung Sport

Aufgabe 2110 Sport

Markus Mauchle (CVP) will optimale Rahmenbedingungen für die Sport- und Bewegungsförderung. In Gossau steht bei Bauten und Anlagen ein grosser Erneuerungsbedarf an. Für den Tribünenersatz und eine 3fach Sporthalle müssen optimale Standorte gesucht werden. Um die Projekte koordiniert anzugehen, benötigt Gossau einen Plan. Er beantragt

einen Betrag von 88'000.00 CHF (Konto 1340.3182) ins Budget 2012 aufzunehmen, um ein Gemeinde Sportanlagen Konzept (GESAK) nach Richtlinien des Bundesamtes für Sport zu erstellen. Dieses Konzept soll folgende Parameter beinhalten:

- einen Übersichts-Plan
- eine Bedarf's-Analyse
- das Vorgehen

- eine Meilensteinplan mit deren Kosten

Der Stadtrat informiert im Juni 2012 das Parlament über das Ergebnis seiner Arbeiten.

(Das Parlament stimmt über diesen Antrag bei der Detailberatung „Laufende Rechnung Stadthaushalt“ ab)

Florian Kobler (SP) unterstützt den Antrag voll. Er stellt fest, dass bisher dem Unterhalt der Gebäude zu wenig Gewicht geschenkt wurde. Um das Hallenbad weiter zu nutzen, ist eine Gesamtanierung unumgänglich, unabhängig davon, ob ein Neubau in Frage kommt. Er stellt die Frage, bis wann hier eine Parlamentsvorlage zu erwarten ist, ebenfalls für die Sanierung der Buechenwaldhalle.

Stadtrat Stefan Lenherr antwortet, dass die Parlamentsvorlage Hallenbad voraussichtlich 2016 und die Sanierungsvorlage Buechenwaldhalle voraussichtlich 2012 dem Parlament unterbreitet wird.

Zum Aufgabenbereich A3 Bau Umwelt Verkehr

Aufgabe 3140 Friedhof

Alfred Zahner (FLiG) stört, dass die Abdankungen auf dem Friedhof durch den Autobahnlärm belastet werden. Ein Lärmschutz scheint dringend. Sofern ein Kreditbetrag nötig würde, würde er diesen Antrag stellen.

Stadtrat Stefan Lenherr antwortet, dass Vorabklärungen getroffen sind. Massnahmen für den Bereich Lindenberg bis Andwilerstrasse kosten indessen einige Mio. Franken, welche voll durch die Stadt zu tragen wären. Der Stadtrat wird 2012 über das weitere Vorgehen entscheiden.

Alfred Zahner wünscht Massnahmen für den Friedhofsbereich, die übrigen Teilstrecken sind nicht prioritär.

Zum Aufgabenbereich A4 Versorgung Sicherheit

Keine Wortmeldungen

Zum Aufgabenbereich A5 Jugend Alter Soziales

Keine Wortmeldungen

Zur Finanzentwicklung 2012 - 2016

Der Präsident stellt den Antrag von Hanspeter Fröhlich (FDP) zur Abstimmung. Er fragt den Antragsteller an, welchen Charakter der Antrag hat. Ist er nicht eher eine Motion oder ein Postulat?

Hanspeter Fröhlich (FDP) wünscht, dass über seinen Antrag abgestimmt wird.

Stadtpräsident Alex Brühwiler regt an, den Antrag auf den „Kernaufwand“ der laufenden Rechnung zu beschränken.

Das Parlament gönnt sich an dieser Stelle eine Pause von 10 Minuten.

Hanspeter Fröhlich (FDP) zieht nach der Pause seinen Antrag zurück zu Gunsten eines geplanten parlamentarischen Vorstosses.

Detailberatung Investitionsrechnung Städtischer Haushalt

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Detailberatung Laufende Rechnung Städtischer Haushalt

Zu Konto 1340.3182 (Antrag Markus Mauchle CVP)

Schulpräsident Urs Blaser freut sich über den Kreditantrag für ein GESAK. Damit werden Bedürfnisse und Handlungsbedarf einer Gemeinde für den Bereich Bewegung und Sport erhoben. Aus dem Konzept darf aber nicht ein Gemeindesportanlagenkonzept bis kommenden Sommer erwartet werden.

Benno Koller (SVP) fragt, ob der Stadtrat das Projekt Tribünenersatz weiter verfolgen wird, und wie dieses mit den übrigen Sportanlagen koordiniert wird.

Schulpräsident Urs Blaser möchte die übergeordnete Sicht in ein Konzept einbringen. Die Absichten für den Tribünenersatz müssen in ein Sportanlagenkonzept einfließen.

Alfred Zahner (FLiG) fragt nach den Folgekosten eines Konzeptes. Der Betrag von CHF 88'000 scheint etwas gering für ein solches Konzept.

Schulpräsident Urs Blaser kann die Folgekosten nicht bekanntgeben, diese sind mit dem Projekt GESAK zu eruieren.

Fredi Mosberger (CVP) befürchtet, dass über das Ziel hinausgeschossen wird. Erwartet wird im Wesentlichen eine Auslegeordnung im Zusammenhang mit dem Tribünenersatz.

Markus Mauchle (CVP) will, dass die angebrachten Turnhallenneubauten und der Tribünenersatz nicht isoliert, sondern in einem Konzept betrachtet werden. In Anlehnung an die schon beschlossenen Geschäfte soll parallel ein Konzept erstellt werden.

Stadtrat Stefan Lenherr erinnert, dass er an der letzten Sitzung gewünscht hat, dass das Parlament zur Tribünenplanung klare Aufträge formuliert.

Hanspeter Fröhlich (FDP) versteht den Antrag als einen Teil der gesamten Sportstättenplanung.

Benno Koller (SVP) sieht es auch so. Für die Tribüne soll ein geeigneter Standort gefunden werden. Plant nun der Stadtrat zuerst die Tribüne, oder zuerst ein Sportplatzkonzept? Die gleiche Frage stellt sich bei der eingereichten Initiative „Sporthalle“.

Für **Stadtrat Stefan Lenherr** ist klar, dass die Tribüne Vorrang hat.

Stefan Häseli (CVP) will nicht eine grosse Abhandlung, sondern eine grobe Zeichnung, welche Sportanlagen wo zu stehen kommen könnten.

Präsident Stefan Harder verliert nochmals den Inhalt des Antrages von Markus Mauchle und fragt an, ob das Parlament abstimmungsreif ist.

Hanspeter Fröhlich (FDP) sieht das Vorgehen ganz einfach, im Sinne des Antrages.

Felix Koller (FDP) hat ein Verständnisproblem. Wird das angestrebte Ziel mit dem beantragten Kredit tatsächlich auch erreicht? Falls dies nicht gesichert ist, wäre der Antrag nochmals zu überdenken.

Schulpräsident Urs Blaser zweifelt, ob die Lösung bis Sommer 2012 erhältlich ist. Man kann sich darauf beschränken, nur den baulichen Teil anzuschauen. Weiter gehende Fragen können in dieser kurzen Zeit nicht beantwortet werden. Ein GESAK kann mehr Klärung bringen. Wenn aber die Vorstellung herrscht, dass ein Konsens bis Sommer 2012 vorliegen soll, kann dies nicht zugesichert werden. Es gibt viele Lösungsmöglichkeiten.

Fredi Mosberger (CVP) möchte nicht nach den Richtlinien des Bundesamtes für Sport vorgehen, dann geht es schneller und einfacher. Der Antrag von Markus Mauchle sei entsprechend zu kürzen.

Bruno Damann (CVP) will nicht die Richtlinien des Bundes ausschalten. Diese sind wichtige Planungsvorgaben.

Abstimmung zum Antrag Markus Mauchle (CVP)

Der Unterantrag von Fredi Mosberger (CVP) für eine Kürzung des Hauptantrages Markus Mauchle (CVP) wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Dem Antrag Markus Mauchle (CVP) wird einstimmig zugestimmt.

Zu den übrigen Konti werden keine Anträge gestellt.

Detailberatung Laufende Rechnung Altersheim Espel

Diese wird nicht benützt.

Detailberatung Investitionsrechnung Stadtwerke

Diese wird nicht benützt.

Detailberatung Laufende Rechnung Stadtwerke

Diese wird nicht benützt.

C. Schlussabstimmung

1. Es werden folgende Voranschläge 2012 genehmigt:
Stadthaushalt (Aufwandüberschuss CHF 2'615'000)
Altersheim Espel (ausgeglicher Voranschlag)
Stadtwerke (Ertragsüberschuss CHF 2'518'000)

Antrag 1 wird mit 21 Ja zu 8 Nein angenommen.

2. Die Steuersätze für das Jahr 2012 werden wie folgt festgelegt:
Gemeindesteuer 116 % (wie bisher)
Grundsteuer 0,6 ‰ (wie bisher)

Antrag 2 wird einstimmig zugestimmt.

Der Präsident



Stefan Harder

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 12. Dezember 2011 genehmigt.